

Bundestag streitet um Polen-Denkmal

16.06.2020, 10:03 Uhr

Die Deutschen wissen zu wenig über den Vernichtungskrieg im Osten

Der Bundestag debattiert über ein Mahnmal für die polnischen Opfer der Nazi-Diktatur. Gestritten wird dabei auch um die Perspektive. VON CHRISTOPH VON MARSCHALL



Mit dem Angriff der Wehrmacht auf Polen begann 1939 der deutsche Vernichtungskrieg im Osten. FOTO: DPA

Für wen baut die deutsche Demokratie 75 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Mahnmale und Gedenkort? Für die Deutschen. Und für die Opfer.

Die Deutschen sollen sich den Taten ihrer Vorfahren stellen. Zugleich erweisen sie damit den Opfern der mörderischen Nazi-Diktatur, ihren Erfahrungen und ihrem Andenken die Ehre. So sind in Berlin Mahnmale für die ermordeten Juden, für Sinti und Roma, für Homosexuelle und für die Euthanasieopfer entstanden.

Für Polen, für alle Opfer im Osten oder alle in Europa?

Wenn man sich diese Motive vor Augen führt, wirkt mancher Streit in den Debatten um drei aktuelle Gedenkprojekte befremdlich. Soll die Bundesrepublik ein spezielles Polen-Denkmal bauen oder wäre das Ausdruck einer zu nationalen Perspektive? Wäre ein Dokumentationszentrum für die **Opfer des Vernichtungskriegs im Osten** die bessere Variante? Oder ein Dokumentationszentrum für alle Opfer der Nazi-Herrschaft in ganz Europa?

Das **Deutsche Polen-Institut** und die Stiftung Denkmal haben nun **einen Kompromiss** vorgeschlagen: ein **Polen-Denkmal vor einem Dokumentationszentrum** für die Nazi-Verbrechen in ganz Europa.

Wie die Deutschen sich ihrer mörderischen Geschichte erinnern, wen sie ehren und wen nicht, ist kein klares Spiegelbild dessen, was sie zwischen 1939 und 1945 getan haben. Es ist auch Ausdruck, wer welchen Platz in ihrem Bewusstsein und auf ihrer – unausgesprochenen – Werteskala hat. Und wie gut die Opfer über die Jahrzehnte organisiert waren und es heute sind.

Die Vernichtungspolitik im Osten ist von anderer Dimension

Gemessen an der Größenordnung der Verbrechen gibt vor allem zu denken, dass ein Gedenkort für die Opfer des deutschen Vernichtungskriegs im Osten bis heute fehlt. Gewiss, Nachbar Polen und der weitere Osten Europas lagen wegen des Kalten Kriegs nach 1945 lange im Blickschatten. Der Eiserner Vorhang ist aber seit 30 Jahren Geschichte. Dennoch fehlt dieser Gedenkort bis heute.

Der Vernichtungskrieg im Osten war von ganz anderer systematischer Grausamkeit und Radikalität als der Krieg im Westen, Norden und Süden. Menschen sollten massenhaft ermordet und Staaten ausgelöscht werden, um Platz für die deutsche Kolonisierung zu schaffen. Dieser Vernichtungskrieg **begann am 1. September 1939 in Polen** und setzte sich von 1941 an im Krieg gegen die Sowjetunion fort. In Polen, der Ukraine und Weißrussland wurden weit mehr Menschen ermordet als in anderen Kriegsgebieten. Polen verlor 20 Prozent der Vorkriegsbevölkerung.

Nationales Gedenken als Akt der Befreiung

Dennoch lehnen einflussreiche politische Kräfte ein spezielles Denkmal für Polen ab. Manche tun es mit dem Argument, wenn Polen einen Gedenkort im Herzen Berlins erhalte, würden das auch andere Völker fordern: etwa Ukrainer und Weißrussen. Wo wolle man die Grenze ziehen?

Doch der eigentliche Widerstand ist ideologischer Natur. Man müsse, sagen die Gegner des Polen-Denkmal – und, weiter gedacht, die Gegner eines Gedenkort für Ukrainer oder Weißrussen –, eine „Re-Nationalisierung“ der Geschichtsbilder entgegentreten und zu einer „postnationalen“ Erinnerungskultur in Europa kommen. Dieses Denken ist im kulturpolitischen Ausschuss des Bundestags und in der SPD verbreitet.

[Mit dem Newsletter „Twenty/Twenty“ begleiten unsere US-Experten Sie jeden Donnerstag auf dem Weg zur Präsidentschaftswahl. Hier geht es zur kostenlosen Anmeldung: [tagesspiegel.de/twentytwenty](https://www.tagesspiegel.de/twentytwenty).]

Nur: Wie verträgt sich das mit der Empathie für die Perspektive der Opfer? Deren Sicht auf die deutschen Verbrechen ist nun einmal national. Das betrifft nicht nur Polen, die einen spezifischen Ort im deutschen und europäischen Gedenken beanspruchen. Es gilt auch für Balten, Ukrainer und Weißrussen. Sie empfanden die Erinnerungspolitik der Sowjetunion, wonach sie in erster Linie sowjetische Opfer Hitlers waren, als eine aufgezwungene Ideologie. Sie erleben die Möglichkeit, ein nationales Gedenken zu pflegen, als Befreiung.

In Berlin ist das jedes Jahr Anfang Mai zu beobachten, wenn Ukrainer das Kriegsende bewusst an einem anderen Tag und Ort begehen als Russen. Ukrainer am 8. Mai vor dem Ehrenmal im Tiergarten auf der westlichen Seite des Brandenburger Tors; und Russen am 9. Mai vor dem Ehrenmal in Treptow.

Soll am deutschen Gedenkwesen Osteuropa genesen?

Und nun wollen die Nachkommen der Täter gleichsam ein Werturteil über höherwertiges „postnationales“ und minderwertiges „nationales“ Gedenken in die Planung künftiger Gedenkort einbauen. Was löst das bei den Nachkommen der Opfer aus? Wie viel altüberkommener, wie viel neu angesammelter Überlegenheitsdünkel gegenüber den Nachbarn im Osten schwingt da mit? Auf manche wirkt es, als solle, modern interpretiert, am postnationalen deutschen Gedenkwesen die Welt genesen.

Eine europäische Erinnerungskultur entsteht nicht, indem man das nationale Gedenken ausblendet oder einebnert. Sondern indem sich die Europäer ihre jeweiligen Geschichtsbilder erzählen und Verständnis für ihre spezifischen Erfahrungen und Leiden finden.

Problematischer Ansatz der Außenpolitiker

Problematisch ist freilich auch eine Argumentation, die vor allem von Mitgliedern des Außenpolitischen Ausschusses und der Union zu hören ist. Polen verdiene die Hervorhebung als Opfer des Vernichtungskriegs wegen seiner Bedeutung für die Zukunft deutscher Europapolitik: „Polen ist und bleibt für Deutschland neben Frankreich der zentrale europäische Partner.“

Aber wäre nicht auch das eine Instrumentalisierung der Erinnerung für einen anderen Zweck? Die Entscheidung über ein Mahnmal sollte sich am Geschehenen orientieren und daran, was Deutsche den einzelnen Völkern oder Opfergruppen angetan haben. Und nicht daran, welche Bedeutung man ihnen für die Zukunft beimisst.

Chancen und Risiken der gesamteuropäischen Perspektive

Das Spezifische hervorheben und es einbetten in das gesamteuropäische Geschehen – darin liegt die Chance einer konzeptionellen Verbindung des Polen-Denkmal mit dem gesamteuropäischen Dokumentationszentrum. Und zugleich lauern da Risiken. Kann man überhaupt die Realität der Besatzung in Frankreich, Norwegen, Italien, Griechenland mit der in Polen, Litauen, der Ukraine und Russland vergleichen?

[Alle aktuellen Entwicklungen in Folge der Coronavirus-Pandemie finden Sie [hier in unserem Newsblog](#). Über die Entwicklungen speziell in Berlin halten wir Sie [an dieser Stelle auf dem Laufenden](#).]

Im besten Fall zeigt der Vergleich, dass der Krieg im Osten von ganz anderer Dimension war. Aber ohne das Erklären der nationalen Spezifika können strukturelle Gemeinsamkeiten missverstanden werden und das Ausmaß der Verbrechen relativieren. Hungertote waren ein gemeinsames Merkmal in verschiedenen Besatzungsgebieten. Im Westen und Süden war massenhaftes Sterben durch Unterernährung kein Ziel der Nazis, wohl aber in den Ghettos und KZs im Osten sowie bei der Blockade von Leningrad.

Kneift der aktuelle Bundestag, entscheidet Schwarz-Grün

Der Kompromissvorschlag des Deutschen Polen-Instituts und der Stiftung Denkmal gibt dem Bundestag noch einmal die Gelegenheit, die Dimensionen abzuwägen. Man möchte den Kulturpolitikern wünschen, dass sie ihre Aversion gegen nationales Gedenken überwinden. Und allen Fraktionen die Einsicht, dass es angesichts der Größenordnung der deutschen Verbrechen im Osten nicht dabei bleiben kann, dass kein Gedenkort in Berlin sie ins Gedächtnis ruft – als Mahnmal mit einem Informationszentrum, das die Wissenslücken der Deutschen schließt.

Mehr zum Thema



Kontroverse um Gedenkpoltik

Bewegung im Streit um Polen-Mahnmal in Berlin

Von Christoph von Marschall

Sollte dieser Bundestag die Herausforderung nicht annehmen, wird der nächste wohl das Polen-Denkmal beschließen. Jedenfalls wenn sich die Umfragen nicht dramatisch verändern und die nächste Regierung eine schwarz-grüne ist. Die Grünen sind ziemlich geschlossen für das Polen-Denkmal.

[Mehr lesen? Jetzt E-Paper gratis testen!](#)

Thema: Polen